

## Abwägungs- und Beschlussvorschläge zu den Stellungnahmen der Behörden, Verbände und der sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden mit Schreiben vom 21.12.2023 insgesamt 37 Behörden sowie anderweitige Träger öffentlicher Belange zu einer Stellungnahme aufgefordert. Sie hatten bis zum 12.02.2024 Zeit sich zu äußern. Parallel hierzu wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit (inkl. Verbände) gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Von 18 Behörden, Verbänden und Trägern wurden Anregungen, Bedenken und Hinweise vorgebracht. Dies sind:**

1.	Regierung von Schwaben		Fronhof 10	86152	Augsburg
2.	Regionalverband Donau-Iller		Schwambergerstraße 35	89073	Ulm
3.	Landratsamt Neu-Ulm	Fachbereich Umweltschutz-Wasserrecht und Bodenschutz	Kantstraße 8	89231	Neu-Ulm
4.	Landratsamt Neu-Ulm	Fachbereich 31 Bauleitplanung	Kantstraße 8	89231	Neu-Ulm
5.	Wasserwirtschaftsamt Donauwörth		Förgstraße 23	86609	Donauwörth
6.	Bayer. Landesamt für Umwelt		Bürgermeister-Ulrich-Straße 160	86179	Augsburg
7.	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bereich Landwirtschaft und Forsten	Jahnstraße 4	86381	Krumbach
8.	Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben		Stettenstraße 1 + 3	86150	Augsburg
9.	Staatliches Bauamt Krumbach	Bereich Straßenbau	Nattenhauser Straße 16	86381	Krumbach
10.	Bischöfliche Finanzkammer		Fronhof 4	86152	Augsburg
11.	Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH		Karlstraße 1	89073	Ulm
12.	Netze BW GmbH	-	Schelmenwasenstraße 15	70567	Stuttgart
13.	bayernets GmbH		Poccistraße 7	80336	München
14.	Amprion GmbH		Robert-Schuman-Straße 7	44263	Dortmund
15.	Schwaben Netz GmbH		Bayerstraße 45	86199	Augsburg
16.	terrannets bw GmbH		Am Wallgraben 135	70565	Stuttgart
17.	LEW Verteilnetz GmbH (LVN)	Netzführung Nord	Am Stadtbach 2	89312	Günzburg
18.	Vodafone Deutschland GmbH	Planung NE 3	Betastraße 6-8	85774	Unterföhring

**Bebauungsplan mit Grünordnung „Gewerbe- und Industriegebiet Werner-von-Siemens-Straße“, Ortsteil Illerzell und****21.01.2025****18. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes mit Grünordnung „Gewerbe- und Industriegebiet an der Werner-von-Siemens-Straße“**

Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

**19 Behörden, Verbände und Träger haben sich nicht geäußert, diese sind:**

1.	Landratsamt Neu-Ulm	Fachbereich 45 - Kreisfeuerwehrverband und Kreisbrandinspektion	Kantstraße 8	89231	Neu-Ulm
2.	Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben		Dr.- Rothermel-Straße 12	86381	Krumbach
3.	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Günzburg		Augsburger Straße 1	89312	Günzburg
4.	Bayer. Landesamt für Denkmalpflege München	Koordination Bauleitplanung - BQ	Hofgraben 4	80539	München
5.	Heimatspflegerin für Bodendenkmäler, Landratsamt Neu-Ulm	Frau Daniela Deplano	Kantstraße 8	89231	Neu-Ulm
6.	Heimatspfleger für Baudenkmäler, Landratsamt Neu-Ulm	Herr Peter Wischenbarth	Kantstraße 8	89231	Neu-Ulm
7.	Kath. Pfarramt Vöhringen		Kolpingstraße 8	89269	Vöhringen
8.	Evang. Pfarramt Vöhringen		Beethovenstraße 1	89269	Vöhringen
9.	Bund Naturschutz in Bayern e.V.,		Dr.-Johann-Maier-Straße 4	93049	Regensburg
10.	Bund Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Neu-Ulm		Landstraße 35	89284	Pfaffenhofen
11.	Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.	Landesgeschäftsstelle	Eisvogelweg 1	91161	Hilpoltstein
12.	Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.	Kreisgruppe Neu-Ulm, Vorsitzender Benjamin Mayer,	Herbststraße 1	89250	Senden
13.	Deutsche Telekom Technik GmbH	Technik Niederlassung Südwest	Deckerstr. 4a-43	70372	Stuttgart
14.	Telefonica Germany GmbH & Co. OHG		Südwestpark 38	90449	Nürnberg
15.	Kreishandwerkerschaft Günzburg/Neu-Ulm		Memminger Straße 59	89264	Weißenhorn
16.	Bayerischer Bauernverband	Kreisverband Günzburg –Neu-Ulm	Nornheimer Straße 2a	89312	Günzburg
17.	Stadt Senden		Hauptstraße 34	89250	Senden
18.	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH		Wilhelmstraße 22	89073	Ulm
19.	Verein für Deutsche Schäferhunde – OG Vöhringen e.V.,	Julia Schrapp	Ortsstraße 13	86498	Kettershausen

**Von 1 Bürgern wurden Anregungen, Bedenken und Hinweise vorgebracht. Dies sind:**

1. Bürger 1

**Die folgenden Behörden, Verbände und Träger öffentlicher Belange äußerten Anregungen, Bedenken und Hinweise:**

1. Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg (Stellungnahme vom 08.02.2024) <b>identisch FNP</b>	
Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p><b>2.1 Ziele der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen, sowie Grundsätze der Raumordnung als Vorgabe für die nachfolgende Abwägungsentscheidung:</b></p> <p>Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)</p> <p>ILEP 3.1.1 Abs. 1 (G) Ausweisung von Bauflächen an einer nachhaltigen und bedarfsorientierten Siedlungsentwicklung ausrichten</p> <p>LEP 3.1.2 Abs. 2 (G) Flächen- und energiesparende Siedlungs- und Erschließungsformen anwenden</p> <p>LEP 3.2 (C) Vorhandene Potenziale der Innenentwicklung vorrangig nutzen</p> <p>Regionalplan der Region Donau-Iller (RP DI)</p> <p>RP DI B   4.2 (Z) Regionale Grünzüge; hier: Bereich des Illertals zwischen Neu-Ulm und Illertissen</p> <p>Regionalplan Donau-Iller, Entwurf der Gesamtfortschreibung (RP DI FE)</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Verweis auf für die Planung einschlägigen raumplanerischen Grundsätze und Ziele wird zur Kenntnis genommen. Im Bebauungsplan-Entwurf ist in der Begründung bereits ein entsprechender Abschnitt hierzu enthalten.</p>

1. Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg (Stellungnahme vom 08.02.2024) <b>identisch FNP</b>	
Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>RPDIFE BIL1Z (1) Regionale Grünzüge; hier: Illertal zwischen Memmingen und Neu-Ulm</p> <p><b>2.2 Stellungnahme aus Sicht der Landesplanung:</b> Wir haben zu o.g. Bauleitplanvorhaben zuletzt mit Schreiben vom 11. August 2023 (Gz. 24-4621.1-305/22 und 24-4622.8305-25/1) Stellung genommen und die Stadt Vöhringen unter Verweis auf die Auslegungshilfe des BayStMWi vom 07.01.2020 und die vorgenannten LEP-Festlegungen gebeten, in den Unterlagen nachvollziehbar darzulegen, welche Flächen im Rahmen der Ermittlung bestehender Flächenpotenziale überprüft wurden.</p> <p>Die Stadt hat sich mit den bestehenden Flächenpotenzialen gemäß den Anforderungen der o.g. Auslegungshilfe auseinandergesetzt und die Planunterlagen entsprechend ergänzt.</p> <p>Hinsichtlich der Lage des Plangebietes innerhalb des rechtsgültigen regionalen Grünzuges (vgl. RP DI B   4.2.(Z) i.V.m. Karte 2 "Siedlung und Versorgung") ist es, wie in unserer Stellungnahme vom 11. August 2023 ausgeführt, Sache des Regionalverbandes Donau-Iller zu beurteilen, ob das Vorhaben mit dem vorgenannten Regionalplan-Ziel vereinbar ist. Lt. seiner Stellungnahme vom 17. Januar 2024 erhebt der Regionalverband Donau-</p>	<p>Die Schilderung hinsichtlich der Auseinandersetzung mit bestehenden Flächenpotenzialen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis auf die Zuständigkeit des Regionalverbandes Donau-Iller hinsichtlich des regionalen Grünzuges wird zur Kenntnis genommen. In seiner Stellungnahme vom 17.01.2024 erhebt dieser keine Einwände.</p>

1. Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg (Stellungnahme vom 08.02.2024) <b>identisch FNP</b>	
Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Iller keine Einwände gegen die geplante Ausweisung des Gewerbe- und Industriegebietes.</p> <p>Im Hinblick auf die Lage im vorgesehenen regionalen Grünzug Illertal zwischen Memmingen und Neu-Ulm der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Donau-Iller (vgl. RP DI FE II 1 Z (1)) geben wir den Hinweis, dass es derzeit noch offen ist, ob bzw. in welcher Form die in dem als Satzung beschlossenen regionalplanerischen Konzept enthaltenen Vorranggebiete Rechtsverbindlichkeit und letztlich Rechtskraft erlangen werden, da die Genehmigung der obersten Landesplanungsbehörden gegenwärtig noch nicht vorliegt.</p>	<p>Der Hinweis auf die unklare Rechtslage des vorgesehenen regionalen Grünzug Illertal zwischen Memmingen und Neu-Ulm wird zur Kenntnis genommen. Die Gesamtfortschreibung ist seit dem 21.12.2024 rechtskräftig. Bei dem in der Stellungnahme genannten regionalen Grünzug der Gesamtfortschreibung handelt es sich quasi um den „Nachfolger“ des oben beschriebenen rechtsgültigen Grünzuges.</p> <p>In der Begründung des ausgelegten Bebauungsplan-Entwurfes wird bereits darauf hingewiesen, dass der Standort mit die einzige Möglichkeit darstellt, Erweiterungsflächen für das im angrenzenden Industriegebiet bereits ansässige Unternehmen zu generieren. Zumal bleibt durch die Freiflächen östlich und westlich des Plangebietes eine Verbindung zwischen dem Vöhringer See und dem nördlich liegenden Grünzug erhalten. Somit wird die Funktion des Grünzuges durch das Gewerbe- und Industriegebiet zwar eingeschränkt aber nicht grundsätzlich unterbunden.</p> <p>Da dem Regionalverband diese Begründung in der förmlichen Beteiligung vorlag und er in seiner Stellungnahme vom 17.01.2024 explizit schreibt, dass keine Einwände bestehen, ist davon auszugehen, dass diese Einschätzung auch in Bezug auf die mittlerweile rechtskräftige der Gesamtfortschreibung Bestand hat.</p>

**1. Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg  
(Stellungnahme vom 08.02.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Zur Lage des Plangebietes in einem Wasserschutzgebiet verweisen wir auf die Ausführungen in unserer Stellungnahme vom 11. August 2023, die weiterhin gültig sind.

Der Hinweis auf die ursprüngliche Stellungnahme vom 11.08.2023 wird zur Kenntnis genommen. Diese wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2023 abgewogen (es wurde auf die Zuständigkeit des Wasserwirtschaftsamtes verwiesen).

Wir verweisen ferner auf den Hinweis zur LEP Teilfortschreibung in unserer o.g. Stellungnahme. Dieser besitzt weiterhin Gültigkeit. Wir bitten zudem, diesen Hinweis auch in den Entwürfen der Umweltberichte entsprechend zu berücksichtigen.

Der Hinweis auf die in Kraft getretene LEP-Teilfortschreibung vom 16. Mai 2023 wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung des Bebauungsplanes ist bereits entsprechend aktualisiert.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**2. Regionalverband Donau-Iller, Schwambergerstraße 35, 89073 Ulm  
(Stellungnahme vom 17.01.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Die Begründungen zu den o. g. Bauleitplanungen gehen auf die regional-planerischen Belange ein.

Das Einverständnis des Regionalverbandes Donau-Iller wird begrüßt.

Die Funktionen des Regionalen Grünzugs finden in der Abwägung Berücksichtigung und auf mögliche Standortalternativen wird eingegangen. Im Hinblick auf die randliche Lage des Vorhabens im Regionalen Grünzug und auf den Verfahrensstand der Fortschreibung des Regionalplans Donau-Iller werden keine Einwände erhoben.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 21.01.2025)****identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>es fanden Baugrunderkundungen auf den für eine gewerbliche Nutzung vorgesehenen Grundstücken Werner-von-Siemens-Str. Fl.Nrn. 78 sowie 75/3, 76/7, 77/1 und 79 der Gemarkung Illerzell statt. Bei den Gebieten Mitte und Ost ist auf Fl.Nr. 78 Ziegel-, Keramik- und Betonbruch gefunden worden. Untergeordnet sind auch Asphalt-, Metall-, Kunststoff-, Gummi- und Holzreste detektiert worden. Beim Gebiet West lagen keine Schürfe vor.</p> <p>Das Landratsamt Neu-Ulm hatte aus diesem Grund am 13.02.2024 die Stadt Vöhringen zu weiteren Untersuchungen bzw. zu einer Aushubsanierung aufgefordert, welche das IB Schirmer durchführte.</p> <p>Der hierzu erstellte und ergänzte Abschlussbericht „Sanierung Gewerbefläche in Vöhringen, Werner-von-Siemens Straße, Wand- und Sohlbeprobung der Sanierungsgrube“ des IB Schirmer, datiert vom 17.02.2025 (wohl 17.01.2025 gemeint) wurde dem Landratsamt übermittelt. Nach Prüfung durch das Wasserwirtschaftsamt Donauwörth besteht mit dem Bericht Einverständnis.</p> <p>Der Bericht schließt mit Bewertungen/Ergänzungen in altlastentechnischer Hinsicht unmittelbar an die Berichte vom 08.01.2024, 11.06.2024 sowie vom 31.12.2024 an.</p>	<p>Das Einverständnis des Landratsamtes mit dem Umgang der zwischenzeitlich festgestellten Altlastenfläche sowie die Bescheinigung der Altlastenfreiheit wird begrüßt. Wie in der Stellungnahme geschrieben, sind weitere Maßnahmen obsolet. In der Begründung des Bebauungsplanes wird unter Ziffer 2.7 ein Abschnitt zu der angetroffenen, aber mittlerweile beseitigten Altlast ergänzt. Der Umweltbericht wird an den betreffenden Stellen ebenso ergänzt – eine Änderung der Schutzgutbetrachtung bzw. der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung ergibt sich dabei nicht.</p> <p>Die in der Stellungnahme erwähnte ursprüngliche Stellungnahme des Fachbereichs vom 13.02.2024 ist unter der gegenständlichen Stellungnahme abgedruckt. Der Abschlussbericht des IB Schirmer vom 17.02.2025 (wohl 17.01.2025 gemeint) befindet sich im Anhang dieser Abwägungstabelle.</p> <p>Der Stadtrat beschließt, in der Begründung des Bebauungsplanes unter Ziffer 2.7 einen Abschnitt zu der angetroffenen, aber mittlerweile beseitigten Altlast zu ergänzen. Der Umweltbericht wird an den betreffenden Stellen ebenso ergänzt.</p>



<b>3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm</b> <b>(Stellungnahme vom 21.01.2025)</b> <b>identisch FNP</b>	
---	--

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Zusammenfassend stellen die Berichte die Ergebnisse der Flächenuntersuchungen auf dem Grundstück in der Werner-von-Siemens Straße zusammen. Ausschließlich im südlichen Teilbereich dieser Fläche wurden anthropogen überprägte Auffüllungen identifiziert, die in horizontaler und vertikaler Hinsicht einer „großzügigen“ Beräumung unterzogen wurden.</p> <p><b>Abfallrecht</b></p> <p>Die Bewertung der Untersuchungsergebnisse der Schürfproben lässt für das Gros der Fläche, anhand von unauffälligen organoleptischen Befunden auf gewachsenen Boden schließen, untermauert werden diese Feststellungen durch Laborbefunde, die in abfallrechtlicher Hinsicht eine uneingeschränkte Verwertung des Bodenmaterials ermöglichen. Die, im Süden der Fläche vorgefundenen Auffälligkeiten, in Form von Auffüllungen mit Beimengungen, wurden nach Gutachteraussage im Bericht quantitativ ausgehoben, einer Deklaration unterzogen, wobei keine bis allenfalls geringe Belastungen detektiert wurden und einer geordneten Verwertung zugeführt. Eine ordnungsgemäße Verwertung bzw. Entsorgung hat zu erfolgen.</p> <p><b>Altlasten/Bodenschutz</b></p> <p>Die Ergebnisse der Beprobung der beräumten Fläche, anhand von Wand- und Sohlproben, unter dem Altlastenaspekt durch den Gutachter, lassen</p>	

**3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 21.01.2025)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

weder im Feststoff organische Belastungen – namentlich - durch die Parameter EOX, MKW, PCB sowie PAK erkennen, noch werden im Eluat der Bodenproben, unter Berücksichtigung des LfU-Merkblattes 3.8/1, auffällige Werte detektiert. Der vor Ort tätige Gutachter sieht in der Gesamtsicht anhand der unauffälligen Ergebnisse am Ort der Probenahme auch keine über das Sickerwasser am Ort der Beurteilung entstehende Grundwassergefährdung und schließt damit für den Pfad Boden – Grundwasser eine Gefährdung des Schutzgutes Grundwasser aus.

Für die, aufgrund der Spartenlagen an Ort und Stelle verbliebenen Bodenpartien im Umgriff des Geh- und Radweges, schließt der Gutachter, unter Verweis auf die generell belegbare Schadstofffreiheit des Bodens der Untersuchungsfläche, ebenfalls eine davon ausgehende Grundwassergefährdung aus.

In wasserwirtschaftlicher Hinsicht besteht mit den Untersuchungen und der nachgereichten Einschätzung, wonach in altlastentechnischer Hinsicht keine Grundwassergefährdung auf der Untersuchungsfläche festgestellt werden kann, Einverständnis.

Es kann – aufgrund der Aushubsanierung - dem Ausschluss der Grundwassergefährdung und der Einstellung der Untersuchungen zugestimmt werden. Weitere Maßnahmen sind damit obsolet.

**3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 21.01.2025)****identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Das Grundstück Fl.Nr. 78 der Gemarkung Illerzell ist damit nicht im Altlastenkataster erfasst. Investoren erwerben ein Grundstück ohne bekannte Nutzungseinschränkungen bzw. ohne Eintrag ins Altlastenkataster. Diese Aussage gilt auch für Fl.Nrn. 75/3, 76/7, 77/1 und 79 der Gemarkung Illerzell.</p> <p>Wir bedanken uns bei Ihnen für die kooperative Abklärung, die frühzeitige Meldung der Verunreinigung und die vollumfängliche Aushubsanierung. Das IB Schirmer erhält eine Ablichtung dieses Schreibens.</p>	
<p><b>ursprüngliche Stellungnahme vom 13.02.2024:</b></p> <p><b><u>Umweltschutz – Wasserrecht - Bodenschutz</u></b></p> <p>Der Bericht „Geplanter Kauf einer Brachfläche in Vöhringen, Werner-von-Siemens-Straße – Orientierende umwelttechnische Baugrunduntersuchung“ des IB Schirmer, datiert vom 08.01.2024, wurde dem Landratsamt Neu-Ulm übermittelt. Das Landratsamt hat sich mit dem Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, Herrn Schadl besprochen wie mit Altlast umzugehen ist und übermittelt anbei das Ergebnis.</p> <p>Der Bericht beschreibt die Rasterbeprobung der in Rede stehenden Fläche anhand einer Vielzahl über das Gelände verteilter Baggerschürfen. Die Untersuchungen der aus den Schürfen gewonnenen Bodenproben lassen entsprechend der abfallrechtlichen Einstufung durch den vor Ort tätigen Gutachter für die meisten der beprobten Schürfgruben keine</p>	<p>Da es sich um einen nicht mehr aktuellen Zwischenstand handelt, wird auf die Abwägungsvorschläge zur Stellungnahme des Landratsamtes Neu-Ulm, Umweltschutz – Wasserrecht – Bodenschutz, vom 21.01.2025 verwiesen.</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

<b>3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm</b> <b>(Stellungnahme vom 21.01.2025)</b> <b>identisch FNP</b>	
---	--

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>abfallrechtlich relevanten Belastungen erkennen. Im Bereich um die Schürfe SCH30 wurden jedoch Auffälligkeiten detektiert, die eine Verdichtung der Beprobung erforderlich machten. In seiner Bewertung der daraus gewonnenen Untersuchungsergebnisse stellt der Gutachter für den Bereich des SCH30 Auffälligkeiten fest, die eine Belastung des Bodens in abfallrechtlicher Hinsicht belegen. Die Einstufung abfallmäßig ist jedoch nicht ausreichend, die Altlastenfrage ist bislang nicht bearbeitet/geklärt, wobei die abfallrechtlich unbelasteten Teilbereiche auch in bodenschutz-/wasserrechtlicher Hinsicht wenig problematisch sein werden.</p> <p>Für den als auffällig erkannten Bereich um den Schürf SCH30 ist aber durch den vor Ort tätigen Gutachter eine nachträgliche und detaillierte Aussage hinsichtlich der davon für das Grundwasser ausgehenden Gefährdung, entsprechend der fachtechnischen Vorgaben für die Bewertung/Behandlung von Altlasten unumgänglich. Insbesondere unter Berücksichtigung der Lage der Fläche in Bezug zum Wasserschutzgebiet Stadt Senden Zone W III B muss eine abschließende Gefährdungsabschätzung nachgereicht werden. Hierzu benötigen Sie, sollte der Abfall verbleiben, mehrere Bohrungen und Beurteilung Feststoff- und Eluatproben mit Frachtbetrachtung anhand des neuen LfU-Merkblatts Nr. 3.8/1 Stand 05/2023. Da eine Bodensenke verfüllt wurde könnte es aber sein, dass das Ergebnis ist es besteht eine Blase mit Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW) und es müsste dann doch noch aushub saniert werden.</p>	

### 3. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht und Bodenschutz, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm (Stellungnahme vom 21.01.2025)

**identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Alternativ zu weiteren Untersuchungen von Boden und Eluaten wäre hier auch der Aushubsanierung zuzustimmen (unter Aufsicht eines mit der Altlastensachbearbeitung kundigen Büros mit Deklaration, Verwertung/ordnungsgemäße Entsorgung des Aushubs, Dokumentation mit Abschlussbericht einschließlich abschließender Gefährdungsbeurteilung für das Grundwasser). Die Aushubsanierung betrifft die als auffällig erkannten Bereiche und die anschließende Freimessung der beräumten</p> <p>Fläche anhand von Wand- und Sohlproben. Zumal damit ggf. für die gesamte Fläche die Altlastenfrage abschließend geklärt werden könnte.</p>	

**4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 20.02.2024)**

<b>Anregungen / Bedenken / Hinweise</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
<p>zum Vorentwurf in der Fassung vom 29.06.2023 wurde mit Schreiben vom 04.09.2023 bereits Stellung genommen. Aus wasser- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestanden keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Zum o.g. Bebauungsplan wurde uns nachträglich der Bericht „Orientierende umwelttechnische Baugrunduntersuchung“, datiert vom 08.01.2024, des IB Schirmer mit E-Mail vom 30.01.2024 mitgeteilt.</p> <p>Der Bericht beschreibt die Rasterbeprobung der in Rede stehenden Fläche anhand einer Vielzahl über das Gelände verteilter Baggerschürfen. Die Untersuchungen der aus den Schürfen gewonnenen Bodenproben lassen entsprechend der abfallrechtlichen Einstufung durch den vor Ort tätigen Gutachter für die meisten der beprobten Schürfgruben keine abfallrechtlich relevanten Belastungen erkennen. Im Bereich um die Schürfe SCH30 wurden jedoch Auffälligkeiten detektiert, die eine Verdichtung der Beprobung erforderlich machten. In seiner Bewertung der daraus gewonnenen Untersuchungsergebnisse stellt der Gutachter für den Bereich des SCH30 Auffälligkeiten fest, die eine Belastung des Bodens in abfallrechtlicher Hinsicht belegen. Die Einstufung abfallmäßig ist jedoch nicht ausreichend, die Altlastenfrage ist bislang nicht bearbeitet/geklärt.</p>	<p>Die Hinweise bezüglich der festgestellten Altlastfläche werden zur Kenntnis genommen. Da es sich um einen nicht mehr aktuellen Zwischenstand handelt, wird auf die Abwägungsvorschläge zur Stellungnahme des Landratsamtes Neu-Ulm, Umweltschutz – Wasserrecht – Bodenschutz, vom 21.01.2025 verwiesen.</p> <p>Da die Altlast mittlerweile vollständig beseitigt und vom Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht – Bodenschutz bescheinigt wurde, dass weitere Maßnahmen obsolet sind (siehe Stellungnahme vom 21.01.2025), ist auch die vom Fachbereich 31 geforderte Festsetzung der Altlastfläche in der Planzeichnung nicht mehr erforderlich.</p>

#### 4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm (Stellungnahme vom 20.02.2024)

##### Anregungen / Bedenken / Hinweise

##### Abwägungsvorschlag

###### Anmerkung:

Eine Zustimmung zum BPlan ist aus bodenschutzrechtlicher Sicht erst möglich, wenn sichergestellt ist, dass sich auf dem Grundstück nur Boden- und Grundwasserverunreinigungen befinden, die vor oder im Zuge der Bebauung saniert werden können.

Der hinsichtlich Altlasten als auffällig erkannte Bereich um den Schürf SCH30 ist in der Bebauungsplanzeichnung durch Planzeichen festzusetzen (Lage südwestlicher Eckbereich Fl.Nr. 78 Gemarkung Illerzell - siehe Anlage SCH30).

Folgendes ist noch auf im Textteil S. 17 „3.4 Sonstige Hinweise/Nachrichtliche Übernahmen“ bzw. Umweltbericht S. 21 „Vorbelastungen“ zu ändern / ergänzen:

Für den als auffällig erkannten Bereich um den Schürf SCH30 ist durch den vor Ort tätigen Gutachter eine nachträgliche und detaillierte Aussage hinsichtlich der davon für das Grundwasser ausgehenden Gefährdung, entsprechend der fachtechnischen Vorgaben für die Bewertung/Behandlung von Altlasten unumgänglich. Insbesondere unter Berücksichtigung der Lage der Fläche in Bezug zum Wasserschutzgebiet Stadt Senden Zone W III B muss eine abschließende Gefährdungsabschätzung nachgereicht werden. Hierzu werden, sollte der Abfall verbleiben, mehrere Bohrungen und

**4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 20.02.2024)****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Beurteilung Feststoff- und Eluatproben mit Frachtbetrachtung anhand des neuen LfU-Merkblatts Nr. 3.8/1 benötigt.

Alternativ zu weiteren Untersuchungen von Boden und Eluaten wäre hier auch der Aushubsanierung zuzustimmen (unter Aufsicht eines mit der Altlastensachbearbeitung kundigen Büros mit Deklaration, Verwertung/ordnungsgemäße Entsorgung des Aushubs, Dokumentation mit Abschlussbericht einschließlich abschließender Gefährdungsbeurteilung für das Grundwasser). Die Aushubsanierung betrifft die als auffällig erkannten Bereiche und die anschließende Freimessung der beräumten Fläche anhand von Wand- und Sohlproben.

Hinweis Immissionsschutz: In der Planzeichnung wurden die Zusatzkontingente für die Richtungssektoren aufgenommen. In der aktuellen Darstellung der Zusatzkontingente für den Sektor A sollte die Bezeichnung dieser Zusatzkontingente eindeutiger beschrieben werden. Z. B. mit „Zusatzkontingent 0 dB tags, +10 dB nachts“

Der immissionschutzfachliche Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die bisherige Formulierung (Zusatzkontingente 0/+10 dB tags/nachts) wie vorgeschlagen umgestellt (Zusatzkontingent 0 dB tags, +10 dB nachts). Eine inhaltliche Änderung ergibt sich hieraus nicht.

Der Stadtrat beschließt in der Planzeichnung die bisherige Formulierung der Zusatzkontingente (Zusatzkontingente 0/+10 dB tags/nachts) umzustellen (Zusatzkontingent 0 dB tags, +10 dB nachts).



**4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm  
(Stellungnahme vom 20.02.2024)****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag****Ergänzende Stellungnahme vom 15.03.2024:**

Zum Vorentwurf in der Fassung vom 29.06.2023 wurde mit Schreiben vom 22.08.2023 bereits Stellung genommen. Aus wasser- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestanden keine grundsätzlichen Einwände.

Zum o.g. Bebauungsplan wurde uns nachträglich der Bericht „Orientierende umwelttechnische Baugrunduntersuchung“, datiert vom 08.01.2024, des IB Schirmer mit E-Mail vom 30.01.2024 mitgeteilt.

Der Bericht beschreibt die Rasterbeprobung der in Rede stehenden Fläche anhand einer Vielzahl über das Gelände verteilter Baggerschürfen. Die Untersuchungen der aus den Schürfen gewonnenen Bodenproben lassen entsprechend der abfallrechtlichen Einstufung durch den vor Ort tätigen Gutachter für die meisten der beprobten Schürfungruben keine abfallrechtlich relevanten Belastungen erkennen. Im Bereich um die Schürfe SCH30 wurden jedoch Auffälligkeiten detektiert, die eine Verdichtung der Beprobung erforderlich machten. In seiner Bewertung der daraus gewonnenen Untersuchungsergebnisse stellt der Gutachter für den Bereich des SCH30 Auffälligkeiten fest, die eine Belastung des Bodens in abfallrechtlicher Hinsicht belegen. Die Einstufung abfallmäßig ist jedoch nicht ausreichend, die Altlastenfrage ist bislang nicht bearbeitet/geklärt.

**Anmerkung:**

Die Hinweise bezüglich der festgestellten Altlastfläche werden zur Kenntnis genommen. Da es sich um einen nicht mehr aktuellen Zwischenstand handelt, wird auf die Abwägungsvorschläge zur Stellungnahme des Landratsamtes Neu-Ulm, Umweltschutz – Wasserrecht – Bodenschutz, vom 21.01.2025 verwiesen.

Da die Altlast mittlerweile vollständig beseitigt und vom Fachbereich Umweltschutz – Wasserrecht – Bodenschutz bescheinigt wurde, dass weitere Maßnahmen obsolet sind (siehe Stellungnahme vom 21.01.2025), ist auch die vom Fachbereich 31 geforderte Festsetzung der Altlastfläche in der Planzeichnung nicht mehr erforderlich.

#### 4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm (Stellungnahme vom 20.02.2024)

##### Anregungen / Bedenken / Hinweise

Eine Zustimmung zum Bebauungsplan ist aus bodenschutzrechtlicher Sicht erst möglich, wenn sichergestellt ist, dass sich auf dem Grundstück nur Boden- und Grundwasserverunreinigungen befinden, die vor oder im Zuge der Bebauung saniert werden können.

Der hinsichtlich Altlasten als auffällig erkannte Bereich um den Schürf SCH30 ist auf der Planzeichnung hervorzuheben (Lage südwestlicher Eckbereich Fl.-Nr. 78 Gemarkung Illerzell - siehe Anlage SCH30).

Folgendes ist noch auf im Textteil S. 17 „3.4 Sonstige Hinweise/Nachrichtliche Übernahmen“ bzw. Umweltbericht S. 21 „Vorbelastungen“ zu ändern / ergänzen:

Für den als auffällig erkannten Bereich um den Schürf SCH30 ist durch den vor Ort tätigen Gutachter eine nachträgliche und detaillierte Aussage hinsichtlich der davon für das Grundwasser ausgehenden Gefährdung, entsprechend der fachtechnischen Vorgaben für die Bewertung/Behandlung von Altlasten unumgänglich. Insbesondere unter Berücksichtigung der Lage der Fläche in Bezug zum Wasserschutzgebiet Stadt Senden Zone W III B muss eine abschließende Gefährdungsabschätzung nach-gereicht werden. Hierzu werden, sollte der Abfall verbleiben, mehrere Bohrungen und Beurteilung Feststoff- und Eluatproben mit Frachtbetrachtung anhand des neuen LfU-Merkblatts Nr. 3.8/1 benötigt.

##### Abwägungsvorschlag

<b>4. Landratsamt Neu-Ulm, Fachbereich 31 Bauleitplanung Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm (Stellungnahme vom 20.02.2024)</b>	
<b>Anregungen / Bedenken / Hinweise</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
Alternativ zu weiteren Untersuchungen von Boden und Eluaten wäre hier auch der Aushubsanierung zuzustimmen (unter Aufsicht eines mit der Altlastensachbearbeitung kundigen Büros mit Deklaration, Verwertung/ordnungsgemäße Entsorgung des Aushubs, Dokumentation mit Abschlussbericht einschließlich abschließender Gefährdungsbeurteilung für das Grundwasser). Die Aushubsanierung betrifft die als auffällig erkannten Bereiche und die anschließende Freimessung der beräumten Fläche anhand von Wand- und Sohlproben.	

5. Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, Förgstraße 23, 86609 Donauwörth (Stellungnahme vom 12.02.2024) <b>identisch FNP</b>	
Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
Zu o. g. Aufstellung des Bebauungsplanes mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplans erhalten Sie unsere Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB als Träger öffentlicher Belange aus wasserwirtschaftlicher Sicht.	Der Hinweis auf die Stellungnahme vom 25.08.2023 wird zur Kenntnis genommen. Diese wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2023 abgewogen (hierin wird auf verschiedene wasserwirtschaftliche Belange hingewiesen; Der Stadtrat beschloss daraufhin, den bestehenden Hinweis zu Altlasten anzupassen.).
<b>Wasserwirtschaftliche Würdigung</b>  Wir verweisen dazu auf unsere Stellungnahme 1-4622-NU-26974/2023 vom 25.08.2023.  Unsere Stellungnahme wurde bei der vorliegenden Planung ausreichend berücksichtigt.	Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**6. Bayer. Landesamt für Umwelt, Bürgermeister-Ulrich-Straße 160, 86179 Augsburg****(Stellungnahme vom 30.01.2024)****identisch FNP**

<b>Anregungen / Bedenken / Hinweise</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
Mit E-Mail vom 20.12.2023 geben Sie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der o.g. Planänderungen.	Es wird begrüßt, dass das bayerische Landesamt für Umwelt seine Belange ausreichend berücksichtigt sieht.
Vom LfU zu vertretende Fachbelange (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren) werden nicht berührt bzw. wurden ausreichend berücksichtigt.	Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**7. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bereich Landwirtschaft und Forsten, Jahnstraße 4, 86381 Krumbach  
(Stellungnahme vom 08.02.2024)**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Bei dem vorliegenden Planungsgebiet handelt es sich um ein ausgewiesenes Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft (Regionalplan Donau-Iller). Dieses soll von landwirtschaftsfremden Nutzungen freigehalten werden.</p> <p>Die Begründung, dass der Regionalplan Donau-Iller Vöhringen als Schwerpunkt für Gewerbe ausweist, trifft nicht auf die Flächen in den Gemarkungen Illerzell und Vöhringen, sondern lediglich auf ausgewählte Flächen in der Gemarkung Illerberg zu (Anhang 3, RPL).</p> <p>Die Vorgaben des Regionalplanes Donau-Iller werden mit der Umsetzung der gegenständlichen Planung somit nicht erfüllt.</p> <p>Einer beabsichtigten Flächeninanspruchnahme durch landwirtschaftsfremde Nutzungen und Vorhaben in den Vorbehaltsgebieten für Landwirtschaft sind die Belange der Landwirtschaft in der Abwägung mit einem besonderen Gewicht gegenüberzustellen.</p> <p>Der erhöhte Abwägungsanspruch erfordert eine hinreichende Konkretisierung der Notwendigkeit der jeweiligen Flächeninanspruchnahme, z. B. durch nachvollziehbare Bedarfsuntersuchungen und Prüfung von Planungsalternativen. Stehen ansonsten gleichwertige, außerhalb der Vorbehaltsgebiete gelegene Standortalternativen zur Verfügung, sollen diese vorgezogen werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Begründung des Bebauungsplanes weist ab S.26 bereits auf die Lage in dem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft hin. Ferner darauf, dass der gewählte Standort mit die einzige Möglichkeit ist, Erweiterungsflächen für das im angrenzenden Industriegebiet bereits ansässige Unternehmen zu generieren. Um seine Betriebsabläufe effizient gestalten zu können, braucht dieser Betrieb seine Erweiterungsflächen in unmittelbarer Nähe als Lagerflächen. Will die Stadt eine Abwanderung der ortsansässigen Unternehmen vermeiden, muss sie die hohe Nachfrage an Gewerbeflächen befriedigen. Aus diesem Grund hat sich die Stadt dazu entschlossen, der gewerblichen Entwicklung Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung einzuräumen.</p> <p>Bei der in der Stellungnahme monierte Erwähnung des Schwerpunktes für Gewerbe handelt es sich nicht um ein Argument, um den Entzug von landwirtschaftlich genutzten Flächen zu begründen, sondern um eine Auseinandersetzung mit dem Ziel B IV 1 der Raumordnung (Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen). Aufgrund des Seitenumbruchs mag dieser Eindruck fälschlicherweise entstanden sein.</p> <p>In der Begründung ist eine Bedarfsuntersuchungen und Prüfung von Planungsalternativen erfolgt, gegen welche die hierfür zuständige Raumordnungsbehörde, die Regierung von Schwaben, in ihrer Stellungnahme vom 08.02.2024 keine Einwände hervorgebracht hat.</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

**8. Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben, Stettenstraße 1 + 3, 86150 Augsburg  
(Stellungnahme vom 09.02.2024)****identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Verfahren.</p> <p>Die IHK Schwaben begrüßt das Aufstellungsverfahren des o.g. Bebauungsplanes. Die vorzunehmenden Anpassungen ermöglichen es ortsansässigen Unternehmen sich am Standort zu erweitern und diesen für die Zukunft zu sichern. Die angedachten Planungen entsprechen somit gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8 BauGB den Belangen der Wirtschaft und tragen zum Erhalt, zur Sicherung sowie Schaffung von Arbeitsplätzen bei.</p> <p>Aus Sicht der IHK Schwaben ergeben sich daher aufgrund der vorliegenden baulichen Strukturen und wirtschaftlichen Gegebenheiten keine Bedenken bei der Durchführung des Vorhabens.</p>	<p>Das Einverständnis der IHK Schwaben mit dem Bebauungsplan wird begrüßt.</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

<b>9. Staatliches Bauamt Krumbach, Bereich Straßenbau, Nattenhauser Straße 16, 86381 Krumbach (Stellungnahme vom 08.02.2024)</b>
--

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<b>2.1 Grundsätzliche Stellungnahme</b>  Gegen die Aufstellung bzw. Änderung der Bauleitplanung bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Krumbach keine Einwände.  Wir bitten um Übersendung eines Stadtratsbeschlusses, wenn unsere Stellungnahme behandelt wurde.  Der rechtsgültige Bebauungsplan (einschließlich Satzung) ist dem Staatlichen Bauamt Krumbach zu übersenden.	Es wird begrüßt, dass seitens des Bauamtes Krumbach keine Einwände gegen die Planung bestehen.  Ein Beschluss ist nicht erforderlich.



**10. Bischöfliche Finanzkammer, Fronhof 4, 86152 Augsburg****(Stellungnahme vom 09.01.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Nach Prüfung der Unterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass von unserer Seite keine Bedenken zum Bebauungsplan sowie der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebracht werden, da sich keine kirchlichen Grundstücke im Planungsbereich befinden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der bischöflichen Finanzkammer keine Bedenken bestehen.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

Die Kath. Pfarreiengemeinschaft Vöhringen erhält diese Mail zur Information.

**11. Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH, Karlstraße 1, 89073 Ulm  
(Stellungnahme vom 02.02.2024)****identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Nach Rückmeldung der zuständigen Fachabteilung darf ich Ihnen die Antwort meines Kollegen, Nicolas Harder, (s. u.) nebst Anlagen gerne nochmal zukommen lassen.</p> <p><b>Stellungnahme vom 29.08.2023:</b></p> <p>anbei die Stellungnahme für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung von Illerzell:</p> <p>Ihr Anliegen wurde von der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH auf eigene Belange untersucht.</p> <p>Von Seiten der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH bestehen im Grundsatz keine Einwände gegen ihr Vorhaben.</p> <p>Allerdings befinden sich im betroffenen Bereich Gas-Versorgungsleitungen der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH.</p> <p>Leitungen dürfen nicht überbaut werden. Von den Leitungen ist mit Bebauung ein Mindestabstand von 2 Meter einzuhalten.</p> <p>In begründeten Ausnahmefällen kann der Abstand von 2 Metern zur Bebauung unterschritten werden.</p>	<p>Der Hinweis auf die Stellungnahme vom 29.08.2023, welche der Stadt unter dem Datum vom 04.09.2023 zugesandt wurde, wird zur Kenntnis genommen. Diese wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2023 abgewogen (hierin wird auf die bestehende Gasleitung im Gehwegbereich hingewiesen; Der Stadtrat beschloss daraufhin, die Gasleitung mit dem geforderten 2,0 m-Schutzabstand in den Entwurf des Bebauungsplanes nachrichtlich zu übernehmen).</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

**11. Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH, Karlstraße 1, 89073 Ulm  
(Stellungnahme vom 02.02.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Sollten diese Leitungen umgelegt werden müssen, so trägt der Verursacher die Kosten der Umlegung.

Typische Überdeckung von Gas-Leitungen beträgt (siehe hierzu auch „Merkheft zur Verhütung von Unfällen“): 80 – 100 cm.

Die genaue Lage der Leitungen ist mit einem Suchschlitz festzustellen.

Die Leitungen müssen während der Bauzeit unbedingt vor Beschädigung geschützt sein. Die Kosten für die Schutzmaßnahme sind durch Sie, als Verursacher der Baumaßnahme, zu tragen.

Als Planungsgrundsatz sollte in Anlehnung an FGSV Nr. 293/4 bzw. DIN 18920 zum Schutz des Baums der Abstand der unterirdischen Leitungen (Außendurchmesser) mindestens 2,50 m von der Stammachse betragen.

**11. Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH, Karlstraße 1, 89073 Ulm  
(Stellungnahme vom 02.02.2024)**

**identisch FNP**

**Anregungen / Bedenken / Hinweise**

Bitte beachten Sie unser „Merkheft zur Verhütung von Unfällen“ im Anhang.



**Abwägungsvorschlag**

**12. Netze BW GmbH, Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart****(Stellungnahme vom 04.01.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Im Geltungsbereich der o.g. Bauleitplanung unterhalten bzw. planen wir keine elektrischen Anlagen und keine Gasversorgungsanlagen. Wir haben daher keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen der Netze BW von der Planung betroffen sind.

Abschließend bitten wir, uns nicht weiter am Verfahren zu beteiligen.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**13. bayernets GmbH, Poccistraße 7, 80336 München****(Stellungnahme vom 03.01.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Im Geltungsbereich Ihres o. g. Verfahrens sowie auf den externen Ausgleichsflächen (Fl. Nr. 129 der Gemarkung Thal sowie der Fl.-Nr. 630/24 der Gemarkung Vöhringen) – wie in den von Ihnen übersandten Planunterlagen dargestellt – liegen keine Anlagen der bayernets GmbH. Aktuelle Planungen der bayernets GmbH werden hier ebenfalls nicht berührt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen der bayernets GmbH von der Planung betroffen sind.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

Wir haben keine Einwände gegen das Verfahren.

**14. Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7 , 44263 Dortmund**  
**(Stellungnahme vom 05.01.2024)**  
**identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Zu der o. g. Bauleitplanung haben wir bereits mehrfach, zuletzt mit Schreiben vom 24.08.2023, Stellungnahmen abgegeben. Diese Stellungnahmen behalten auch für den nun eingereichten Verfahrensschritt der öffentlichen Auslegung weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>Wie wir den nun eingereichten Verfahrensunterlagen entnehmen können, wurden die erforderlichen externen Ausgleichsmaßnahmen festgelegt. Hierbei handelt es sich um die Maßnahmen A2 und A3, welche in einem Abstand von 500 m östlich bzw. 3,2 km südöstlich des Geltungsbereiches der o. g. Bauleitplanung liegen. Die Ausgleichsfläche A1 grenzt nördlich unmittelbar an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes an.</p> <p>Durch die vorgestellten Ausgleichsflächen ergeben sich keine weiteren Berührungspunkte mit unserer im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung. Somit bestehen aus Sicht von Amprion keine Bedenken gegen einen Satzungsbeschluss in der nun vorgestellten Fassung.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung in diesem Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.</p> <p>Anlage: Information zum Datenschutz</p>	<p>Es wird begrüßt, dass die Amprion GmbH keine Bedenken gegen die Planung vorbringt.</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

**15. Schwaben Netz GmbH, Bayerstraße 45, 86199 Augsburg  
(Stellungnahme vom 15.01.2024)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise**

In Beantwortung Ihres oben genannten Schreibens teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die genannte Änderung des Flächennutzungsplanes und dem Bebauungsplan keine Einwände erheben.

Stadt Vöhringen, OT Illerzell



„Gewerbe- und Industriegebiet Werner-von-Siemens-Straße“

11. Jan. 2024

Maßstab: 1:2500

**Abwägungsvorschlag**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der Schwaben Netz GmbH keine Bedenken bestehen.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.



**16. terranets bw GmbH, Am Wallgraben 135, 70565 Stuttgart  
(Stellungnahme vom 20.12.2023)****identisch FNP****Anregungen / Bedenken / Hinweise****Abwägungsvorschlag**

Wir bestätigen Ihnen hiermit den Eingang Ihrer E-Mail zum oben genannten Vorhaben, zu der wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anlagen terranets bw GmbH von der Planung betroffen sind.

In dem bezeichneten Gebiet (gilt nur für rot markierten Bereich) liegen keine Anlagen der terranets bw GmbH sowie des Zweckverbandes Gasversorgung Oberschwaben (GVO), so dass wir von dieser Maßnahme nicht betroffen werden.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

Eine Beteiligung am weiteren Verfahren ist nicht erforderlich.

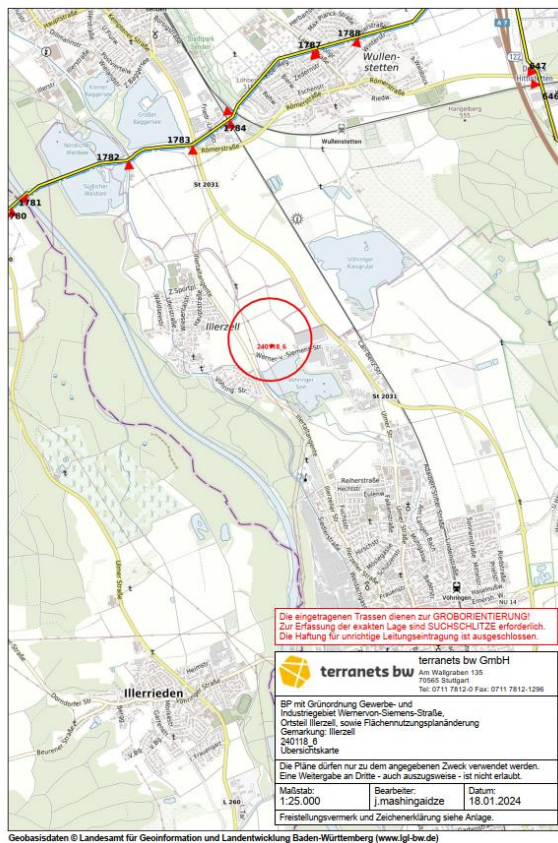
Um eine schnellstmögliche Antwort zu erhalten, nutzen Sie bitte zukünftig den Link zur kostenlosen BIL Online-Leitungsauskunft: [www.bil-leitungsauskunft.de](http://www.bil-leitungsauskunft.de).

**16. terranets bw GmbH, Am Wallgraben 135, 70565 Stuttgart  
(Stellungnahme vom 20.12.2023)**

**identisch FNP**

**Anregungen / Bedenken / Hinweise**

**Abwägungsvorschlag**



**17. LEW Verteilnetz GmbH (LVN), Netzführung Nord, Am Stadtbach 2, 89312 Günzburg  
(Stellungnahme vom 06.02.2024)****identisch FNP**

Anregungen / Bedenken / Hinweise	Abwägungsvorschlag
<p>Vielen Dank, dass Sie uns über die Planungen informiert haben.</p> <p>Gegen den Bebauungsplan bestehen unsererseits keine Einwände, wenn der Bestand unserer Anlagen gesichert ist und die Punkte unserer Stellungnahme vom 04.09.2023 berücksichtigt werden.</p>	<p>Es wird begrüßt, dass seitens der LEW Verteilnetz GmbH keine Einwände bestehen.</p> <p>Der Hinweis auf die ursprüngliche Stellungnahme – der Stadt liegt nur eine Stellungnahme vom 11.08.2023, nicht aber vom 04.09.2023 vor – wird zur Kenntnis genommen. Diese wurde bereits in der Sitzung des Stadtrates vom 23.11.2023 abgewogen (es wurde auf die bestehende 110-kV-Leitung hingewiesen; worauf der Stadtrat in seiner Sitzung vom 23.11.2023 beschlossen hat, den bestehenden Hinweis zur 110-kV-Leitung zu ergänzen).</p> <p>Ein Beschluss ist nicht erforderlich.</p>

<b>18. Vodafone Deutschland GmbH, Planung NE 3, Betastraße 6-8, 85774 Unterföhring (Stellungnahme vom 12.02.2024)</b>	
<b>Anregungen / Bedenken / Hinweise</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
<b>Stellungnahme Nr.: S01330408</b> <b>Externe Ausgleichsfläche A3: Fl.-Nr. 630/24, Gemarkung Vöhringen</b> Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Es wird begrüßt, dass seitens der Vodafone Deutschland GmbH keine Einwände bestehen.
	Ein Beschluss ist nicht erforderlich.
<b>Stellungnahme Nr.: S01330030</b> <b>Externe Ausgleichsfläche A2: Fläche Fl.-Nr. 129, Gemarkung Thal</b> Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Es wird begrüßt, dass seitens der Vodafone Deutschland GmbH keine Einwände bestehen.
	Ein Beschluss ist nicht erforderlich.
<b>Stellungnahme Nr.: S01330028</b> Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Es wird begrüßt, dass seitens der Vodafone Deutschland GmbH keine Einwände bestehen.
	Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

**Von der Öffentlichkeit wurden folgende Anregungen, Bedenken und Hinweise vorgebracht:**

<b>19. Bürger 1 (Stellungnahme vom 31.01.2024)</b>	
<b>Anregungen / Bedenken / Hinweise</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>
<p>Welche Maßnahmen sind wegen der zu erwartenden Zunahme des LKW-Verkehrs auf der Illertaltangente angedacht, insbesondere wenn es um die Erweiterung des Logistikbetriebes geht.</p> <p>Heute sind hier schon viele LKWs unterwegs, mutmaßlich des einfacheren Einfahrens, dank Ampelanlage, auf die St2031 Richtung Senden.</p> <p>Es bräuchte eine Ampelanlage für die Einmündung Werner-von-Siemens-Straße in die St2031, dann könnte die Illertaltangente vom LKW-Verkehr entlastet und für die Anwohner ruhiger und sicherer werden, insbesondere im Hinblick der Hol- und Bringfahrten zur Schule.</p>	<p>Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ob es durch den Bebauungsplan zu einer Zunahme des LKW-Verkehrs kommt, ist offen, da es sich vor allem um Erweiterungen von bereits ortsansässigen Betrieben handelt bzw. es sich bei der größten Fläche, dem Grundstück GS 3 im Industriegebiet im Osten, vornehmlich um Lagerflächen handelt. Da es auch seitens der Fachbehörden keine entsprechenden Hinweise gibt, sieht der Stadtrat aktuell kein Erfordernis für die geforderte Ampelanlage.</p> <p>Der Stadtrat beschließt, trotz der Hinweise an der Planung festzuhalten.</p>